Von Tobias Pflüger, Informationsstelle Militarisierung (IMI)

»Kriege verhindern – Einsatzkräfte stoppen!«

Wie war das damals? Wir erinnern uns an die Fernsehansprache von Gerhard Schröder mit seiner Lüge »Wir führen keinen Krieg«. Wir erinnern uns an die eigentlich nicht vorgesehene Bundestagsdebatte mit den spontanen Reden von Christian Ströbele und Gregor Gysi gegen den Krieg. Wir erinnern uns an die moraltriefende verlogene und geschichtsrevisionistische »Argumentation« insbesondere von Rudolf Scharping und Joschka Fischer für den Krieg. Bomben für Frieden? »Verhinderung einer humanitären Katastrophe«? »KZs in Kosovo«? Alles Lüge ...

Dieser Krieg war ein einschneidendes Ereignis, er hat die Republik grundlegend verändert. Erst jetzt nach der öffentlichen Wahrnehmung des Einsatzes von Munition mit abgereichertem Uran und nach dem WDR-Film »Es begann mit einer Lüge« läuft die Debatte in klassischen Massenmedien vorsichtig an.

Die derzeitige Situation in Mazedonien zeigt, dass mit Militär und insbesondere der KFOR kein Frieden geschaffen werden kann. Das Ziehkind der NATO, die UCK, ist nach wie vor der Eskalationsfaktor in der Region. Die NATO ist nun mit der Verabschiedung ihres neuen Strategischen Konzeptes am 24. 4. 1999 auch offiziell kein Verteidigungsbündnis (mehr), sie ist ein Interventions- und Kriegsführungsbündnis geworden. Der zentrale Satz im neuen strategischen Konzept ist: »In diesem Zusammenhang erinnert das Bündnis an seine späteren Beschlüsse in bezug auf Krisenreaktionseinsätze auf dem Balkan.« Das zeigt: Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien war ein Muster für zukünftige Kriege.

Die Europäische Union rüstet sich, nun ebenfalls eine Militärmacht zu werden und baut eine europäische Interventionstruppe mit 60 000 Mann und Frau unter deutscher Führung auf. Der Einsatzradius von 4000 Kilometern rund um Brüssel ist der Hinweis auf das Interessensgebiet der Europäischen Union und auf mögliche Interventionen unter EU-Flagge: »Das schließt weite Teile Afrikas, den Nahen Osten und den Kaukasus mit ein«, schrieb die WELT dazu.

Und die Bundeswehr wird zur Interventionsarmee umgewandelt. Als Rudolf Scharping das Ressortkonzept vorgelegt hat, diskutierten fast alle nur über Standortschließungen. Doch es wurde kaum darüber gesprochen, warum Standorte geschlossen werden. In der Einleitung des Ressortkonzeptes steht es ganz klar: »Wesentliche Leitgedanken dieser Umstrukturierung sind die Bündelung von Aufgaben, der streitkräftegemeinsame Ansatz und die Konzentration der Streitkräfte auf den Einsatz.« Und weiter: »Die Bundeswehr wird kleiner, im Hinblick auf die gewandelten Anforderungen jedoch moderner und leistungsfähiger.«

Die Standorte werden geschlossen, weil sie für die Interventions-Bundeswehr nicht mehr gebraucht werden. Die Aufgabe der Bundeswehr ist es nicht, in der Fläche Menschen wirtschaftlich zu versorgen, die jetzige Aufgabe der Bundeswehr ist es zukünftig fähig zu sein, weitere Kriege zu führen oder daran teilzunehmen.

Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler in Tübingen und einer der Aktivisten in der Friedensbewegung

Foto: ND-Lange

Zentraler Teil der Bundeswehr sind in Zukunft die »Einsatzkräfte«, sie sind der kriegsführungsfähige Teil, sie sind der gefährliche Teil der neuen Bundeswehr. Als Reaktion auf diese Militarisierung wurde jetzt in der Friedensbewegung der Appell »Kriege verhindern – Einsatzkräfte auflösen« gestartet. Er ist sehr kurz und bringt die Entwicklung klar auf den Punkt: »Ich lehne den Umbau der Bundeswehr in eine Interventionsarmee ab und fordere Bundestag und Bundesregierung auf,

- die dafür vorgesehenen 150 000 Soldaten starken »Einsatzkräfte« aufzulösen,
- die damit verbundene Beschaffung neuer Waffen und Ausrüstungen zu stoppen, und
- die dadurch eingesparten, rund 100 Milliarden Euro in zivile Projekte zu investieren (z.B. Bildung, Umwelt, Soziales).

Bisher haben über 100 Gruppen und Institutionen aus der ganzen Republik den Appell unterschrieben, die Unterzeichner kommen aus einem weiten politischen Spektrum. Auch die PDS hat sich jetzt dem Appell erfreulicherweise angeschlossen: Gabi Zimmer gehört zu den Erstunterzeichnerinnen, die zuständigen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Gehrke, Dr. Winfried Wolf und Heidi Lippmann tragen den Appell mit und die gesamte PDS-Bundestagsfraktion hat den Appell unterzeichnet. Damit stärkt die PDS der Friedensbewegung den Rücken!

Der Appell »Kriege verhindern – Einsatzkräfte auflösen« könnte die zentrale Aktion der Friedensbewegung in den nächsten Jahren werden. Jetzt müssen wir auf die Straße, in die Betriebe, in Bildungseinrichtungen und in Veranstaltungen gehen und Unterschriften unter den Appell sammeln und mit den Menschen diskutieren, so dass sie sich gegen die Bundeswehr als Interventionsarmee aussprechen. Denn wenn es keine kriegsführungsfähige Teile der Bundeswehr gibt, ist es viel schwerer wieder einen Krieg zu führen.

Informationen zum Appell unter http://www.imi-online.de und http://www.militarisierung.de